

Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Geschäftsjahr 1994

A. Geschäftsverteilung

I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Warenzeichen,
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über die Sortenbezeichnung handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit es sich um die Sortenbezeichnung handelt;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (§§ 383 ff. HGB);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes);
8. die Ansprüche eines Patentanwaltes und gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsordnung) einschließlich von Schadenersatzansprüchen, soweit es sich um Tätigkeiten auf den dem I. Zivilsenat zugewiesenen Rechtsgebieten handelt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (§§ 476 ff. HGB nebst Strandungsordnung),
b) die Binnenschiffs- und Flößereisachen (BinnSchG, BinnSchVerkG, FlößereiG),
c) die Rechtsstreitigkeiten aus Schleppverträgen oder aus dem Zusammenstoß von Wasserfahrzeugen mit anderen Gegenständen einschließlich Fernschädigung,
d) die Rechtsstreitigkeiten aus Versicherungen (einschl. von Rückversicherungen) von Wasserfahrzeugen sowie aus Güterversicherungen für den Transport über See oder auf Binnengewässern allein oder in Verbindung mit Landtransport; ferner Rechtsstreitigkeiten aus Versicherungen über andere Transporte, soweit dort die Geltung der Allgemeinen Deutschen Seeversicherungsbedingungen vereinbart worden ist,
e) Schadenersatzansprüche aus der Verletzung von Pflichten zur Unterhaltung oder Verkehrssicherung eines schiffbaren Gewässers,
f) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken,
g) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (§§ 162 ff. ZVG);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (§§ 705 ff. BGB) und Gemeinschaften (§§ 741 ff. BGB),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften und eingetragenen Genossenschaften sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern; ferner Rechtsstreitigkeiten aus dem Umwandlungsgesetz,
 - c) Durchgriffshaftung der Mitglieder juristischer Personen (Mißbrauch der Rechtsform), sofern es nicht mit Rücksicht auf das im übrigen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,

- d) Prospekthaftungsansprüche nach §§ 45 bis 48 des Börsengesetzes sowie nach § 13 des Gesetzes über Wertpapierverkaufsprospekte vom 13. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2749),
- e) vermögensrechtliche Auseinandersetzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften,
- f) Firmenrecht (§§ 17 ff. HGB), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2c),
- g) Ansprüche aus unerlaubter Handlung, soweit sie ihre Grundlage in der Verletzung eines gesellschaftsrechtlichen Schutzgesetzes (§ 823 Abs. 2 BGB) haben;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (§§ 965 ff. BGB) sowie auf Vorlegung von Sachen (§§ 809—811 BGB), soweit nicht der XI. Zivilsenat zuständig ist;
 - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (§ 369 HGB) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der V. Zivilsenat oder der XI. Zivilsenat zuständig ist;
4. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG, soweit es sich
 - a) um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispatchen,
 - b) um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter,
 - c) um Entscheidungen nach §§ 98, 99 AktG
 handelt.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Schadenersatzansprüche
 - a) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 1f) oder der IX. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist,
 - b) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 1f) oder der IX. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist,
 - c) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Artikels 131 WRV und des Artikels 34 GG, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 1f) oder der IX. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist,
 - d) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen, jedoch mit Ausnahme von Wasserstraßen, für die der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1e);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Folgekosten bei straßenbaubedingter Verlegung von Versorgungsleitungen,
 - b) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) Enteignung (einschließlich enteignungsgleichen Eingriffs) sowie Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - bb) Strafverfolgungsmaßnahmen,
 - c) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadenersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (§ 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO),
 - d) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
3. die Entscheidungen in Baulandsachen;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971;
5. Stiftungen (§§ 80 ff. BGB), Nießbrauch an Vermögen (§§ 1085 ff. BGB) und Leibrenten (§§ 759 ff. BGB);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (§§ 662—676 BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677—687 BGB), soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nr. 4) oder der XI. Zivilsenat (Nr. 2a) zuständig ist;

7. die Rechtsstreitigkeiten über Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 8), der VI. Zivilsenat (Nr. 1), der VII. Zivilsenat (Nr. 3), der IX. Zivilsenat (Nr. 4), der X. Zivilsenat (Nr. 7) oder der XI. Zivilsenat (Nr. 2a) zuständig ist;
8. die Rechtsstreitigkeiten über Kleingartenpachtverträge (BKleing v. 28. Februar 1983);
9. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Bergrechtssachen (Artikel 67 EGBGB) einschließlich der Abbaurechtssachen (Artikel 68 EGBGB) sowie Wasserrechtssachen (Artikel 65 EGBGB) einschließlich der Deich- und Siedelrechtssachen (Artikel 66 EGBGB),
 - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
10. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Gesetz über die Umwelthaftung vom 10. Dezember 1990 (BGBl. I 2634), soweit nicht weitergehende Ansprüche aufgrund anderer Vorschriften (§ 18 Abs. 1 UmwHG) geltend gemacht werden oder ein anderes Rechtsgebiet den eigentlichen Gegenstand des Streites bildet;
11. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüfungsordnung, § 101 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
12. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
13. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;
14. die Entscheidung über die Wahlanfechtung gemäß § 21b Abs. 6 GVG in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassung der Gerichte vom 26. Mai 1972;
15. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (§§ 1025 ff. ZPO), soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nr. 8e) zuständig ist.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Schenkungen (§§ 516 ff. BGB), soweit nicht der II. Zivilsenat zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit sie nicht dem II. Zivilsenat (Nr. 1d) zugewiesen sind;
4. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (§§ 652 ff. BGB) einschließlich der Handelsmakler (§§ 93 ff. HGB) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
5. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind;
6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftlichen Grundstücken geht.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 2a) oder der IV. Zivilsenat (Nr. 2) zuständig ist,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (§§ 912 bis 916, 919 bis 923 BGB), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - c) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber, mit Ausnahme von Ansprüchen aus Hypotheken, Grund- und Rentenschulden sowie Rechtsgeschäften darüber, für die der XI. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist,
 - d) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (§§ 903 bis 910 BGB, § 14 BImSchG),
 - e) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftlichen Grundstücken handelt, soweit nicht der Senat für Landwirtschaftssachen zuständig ist,

- f) Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
- g) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (Artikel 132, 133 EGBGB),
- h) Familiengüter und Lehen (Artikel 59 EGBGB);
2. die Entscheidungen in den Fällen
 - a) des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 4), der IV. Zivilsenat (Nr. 6), der VIII. Zivilsenat (Nr. 2) oder der XII. Zivilsenat (Nr. 2) zuständig ist,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1a, b, c und e sowie 2g), der III. Zivilsenat (Nr. 1a, 9b und 10), der V. Zivilsenat (Nr. 1b, d und f), der VII. Zivilsenat (Nr. 4) oder der IX. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist, Schadenersatzansprüche aus medizinischer Behandlung von Mensch und Tier, auch wenn sie auf Vertrag gestützt sind, Schadenersatzansprüche aus §§ 84 ff. des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 24. August 1976 sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§§ 22 ff. des KunstUrhG vom 9. Januar 1907) und aus dem Bundesdatenschutzgesetz vom 27. Januar 1977;
2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I. Zivilsenats (Nr. 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;
3. Ansprüche aus dem Produkthaftungsgesetz vom 15. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2198) sowie aus dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik vom 20. Juni 1990 (BGBl. I S. 1080).

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

1. Werkverträge, soweit sie im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauwerken stehen;
2. Reise- und Personenbeförderungsverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 2) zuständig ist;
3. Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
4. Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung aufgrund des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 449).

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 1d), der IX. Zivilsenat (Nr. 8a) oder der XI. Zivilsenat (Nr. 1a und 4) zuständig ist;
- b) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (§ 95 Nr. 4d GVG),
- c) Leasing;
2. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MSchG in Verbindung mit § 28 Abs. 2 und 3 FGG und Entscheidungen nach Artikel III des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1248) sowie sonstige Rechtsstreitigkeiten über Wohnraummietverhältnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (§§ 84 ff. HGB).

Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
2. Rückerstattungssachen;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Bürgschaften (§§ 765 ff. BGB); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet;

4. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (§§ 662—676 BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677—687 BGB)
 - a) betreffend Ansprüche von und gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände,
 - b) betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung;
5. Schadenersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände;
6. Schadenersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen von Notaren, auch soweit diese Beamte sind;
7. Schadenersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. § 302 Abs. 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
8. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
 - b) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767 bis 769 ZPO), soweit nicht der XII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist,
 - c) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (§§ 883 ff. ZPO) sowie eidesstattliche Versicherung und Haft (§§ 899 ff. ZPO), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1a) zuständig ist,
 - d) Konkurs und Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (§§ 29 ff., 196 KO; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
 - e) Schiedsverträge und Schiedssprüche (§§ 1025 ff. ZPO) in den Sachen, in denen ein Mitglied des III. Zivilsenats Schiedsrichter ist oder war;
9. die Entscheidungen in den Fällen des § 2 ZVG;
10. die Entscheidungen gemäß §§ 17 bis 19 des Gesetzes zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz — AVAG) vom 30. Mai 1988 (BGBl. I S. 662), soweit nicht der XII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist;
11. die Entscheidungen nach Artikel 2 des Gesetzes zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität (vom 22. Januar 1990, BGBl. 1990 II S. 34).

Dem X. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patent-, Gebrauchsmuster- und Topographieschutzrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit letztere nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 4) zugewiesen sind;
7. die Ansprüche eines Patentanwalts und gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsordnung) einschließlich von Schadenersatzansprüchen, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 8) zugewiesen sind;
8. Rechtsstreitigkeiten über Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) oder der VII. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) zuständig ist;
9. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO, soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nr. 9) oder der XII. Zivilsenat (Nr. 3) zuständig ist;
10. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt.

Dem XI. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, § 369 HGB) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 2d) zuständig ist, und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei der Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
 - d) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Auftragsverhältnisse (§§ 662—676 BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677—687 BGB) der Banken,
 - b) Ansprüche aus Bankgarantien;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (§ 607 ff. BGB) oder abstrakte Schuldverhältnisse (§§ 780—808a BGB) sowie über Ansprüche aus Kontokorrenten (§ 355 HGB);
4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Hypotheken, Grund- und Rentenschulden sowie Rechtsgeschäften darüber.

Dem XII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (§ 12 BGB), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) sonstige vermögensrechtliche Auseinandersetzungen zwischen Ehegatten nach gescheiterter Ehe, auch wenn daneben Dritte am Verfahren beteiligt sind;
2. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt, einschließlich der Verfahren nach Art. 1 des Gesetzes zur Ausführung von Sorgerechtsübereinkommen pp. vom 5. April 1990 (BGBl. I S. 701);
3. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 Nr. 3 und Nr. 6 ZPO sowie § 9 EGZPO in allen im 6. Buch der ZPO geregelten Fällen (Familiensachen, Kindschaftssachen einschließlich des Falles des § 650 Abs. 3 ZPO);
4. die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen auf dem Gebiet des Familienrechts;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1a und b), der III. Zivilsenat (Nr. 8) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 1c und 2) zuständig ist,
 - b) Leihe und Verwahrung (§§ 598 ff., 688 ff. BGB), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 2c), der V. Zivilsenat (Nr. 1a) oder der XI. Zivilsenat (Nr. 1c) zuständig ist.

II. Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (Zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1974, BGBl. I S. 1213);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen gegen die Landesverteidigung (§§ 109 bis 109k StGB), soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist;
4. die Entscheidungen nach § 138c Abs. 1 Satz 3 StPO für den Fall, daß das Verfahren vor dem generell zuständigen 2. Strafsenat anhängig ist.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Frankfurt a. M., Jena, Koblenz und Köln;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (z. B. §§ 12 ff. StPO, § 42 Abs. 3 JGG), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-1, veröffentlichten bereinigten Fassung und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind (u. a. nach § 138c Abs. 1 Satz 3 StPO);
3. die Entscheidungen des 4. Strafsenats im Falle der Zurückverweisung der Sache an einen anderen Strafsenat.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen gegen die Urteile der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug und gegen die Urteile der in § 74a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234a, 241a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. S. 417) betreffen;
2. die Revisionen in Strafsachen gegen die Urteile der Strafkammern, sofern sie Fälle der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), der Kennzeichenverwendung nach § 20 Abs. 1 Nr. 5 des Vereinsgesetzes oder der geheimehaltenen Ausländerverbindung (§ 47 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes) betreffen;
3. die Beschwerden gegen
 - a) Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte in den in § 304 Abs. 4 Satz 2 StPO, § 310 Abs. 1 StPO, § 102 Satz 2 JGG bestimmten Fällen sowie in Fällen des § 304 Abs. 4 Satz 3 (in Verbindung mit § 138d Abs. 6) StPO, soweit die Entscheidung nach §§ 138a, 138b StPO in Verfahren erfolgt ist, in welchen der 3. Strafsenat gemäß Nr. 1 über das Rechtsmittel der Revision zu entscheiden hat,
 - b) Entscheidungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes;
4. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (z. B. §§ 12ff. StPO, § 42 Abs. 3 JGG), soweit es sich um die durch §§ 74a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
 - b) die Entscheidungen nach § 121 Abs. 4 StPO,
 - c) die Entscheidungen gemäß Artikel 5 Abs. 1, Abs. 5 und Abs. 6 Satz 1, 3 des Gesetzes zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzsachen,
 - d) die Entscheidungen nach §§ 35 und 37 Abs. 4 EGGVG,
 - e) die Entscheidung nach § 138c und Abs. 1 Satz 2 erster Halbsatz StPO (Entscheidungen nach §§ 138a, 138b in Fällen, in denen die Ermittlungen vom Generalbundesanwalt geführt werden);
5. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Dresden, Düsseldorf, Oldenburg und Schleswig.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revision in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Hamm, Naumburg, Rostock, Saarbrücken und Zweibrücken;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 42 des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 23. Dezember 1982;
4. die Entscheidungen im Falle der Zurückweisung der Sache an einen anderen Strafsenat des Bundesgerichtshofes, soweit nicht der 2. Strafsenat zuständig ist;
5. die Entscheidungen nach Artikel 4 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vom 9. Juni 1989 (BGBl. I S. 1059);
6. die Entscheidungen nach § 13 Abs. 4 und § 25 Abs. 1 Satz 4 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) vom 29. Oktober 1992 (BGBl. I 1814).

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts, für die Bezirke der Oberlandesgerichte Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Celle und Hamburg;
2. die Revision gegen die Entscheidungen der in § 74a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts, die Fälle von Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234a, 241a StGB) betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951 (GVBl. S. 417) handelt;

4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 29 Abs. 1 EGGVG sowie § 116 StVollzG, § 121 Abs. 2 GVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Besserung und Sicherung, des Jugendarrestes und der Untersuchungshaft getroffen sind;
5. die Revisionen in Steuer- und Zollstrafsachen; dies gilt nicht, wenn dieselbe Handlung eine Straftat nach dem Beteiligungsmitteleinsatz darstellt.

III. Ermittlungsrichter

Nach Maßgabe der Vorschriften über den Gerichtsstand (§§ 7 ff. StPO) sind für richterliche Handlungen in Ermittlungsverfahren zuständig:

1. **der Ermittlungsrichter I**
in Staatsschutzsachen, ausgenommen Landesverratsachen,
2. **der Ermittlungsrichter II**
in Landesverratsachen, ausgenommen die Bereiche der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland,
3. **der Ermittlungsrichter III**
in Landesverratsachen im Bereich der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland,
4. **der Ermittlungsrichter IV**
in Landesverratsachen im Bereich des Landes Baden-Württemberg.

Wird ein Ermittlungsrichter in einem Ermittlungsverfahren tätig, so bleibt es auch für die folgenden Ermittlungshandlungen in diesem Verfahren bei seiner Zuständigkeit, mit Ausnahme der Fälle, in denen er als Vertreter tätig geworden ist.

IV. Große Senate

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

V. Die übrigen Senate

1. Kartellsenat

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel sowie über sonstige Beschwerden gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Kartellsachen zuständig.

Dem Kartellsenat werden außerdem zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die im Zusammenhang mit den Artikeln 85 und 86 des EWG-Vertrages stehen.

2. Dienstgericht des Bundes

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

3. Senat für Notarsachen

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidung nach § 108 Abs. 2 BNoto in Verbindung mit § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

4. Senat für Anwaltssachen

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

5. Senat für Patentanwaltsachen

Der Senat für Patentanwaltsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

6. Senat für Landwirtschaftssachen

Der Senat für Landwirtschaftssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Sachen zuständig, die in dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG, für die der I. Zivilsenat zuständig ist.

7. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

8. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 101 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VI. Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

1. Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend, wenn dieser vorher angehört worden ist.
2. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
3. a) Gelangen Rechtsstreitigkeiten, in denen der Bundesgerichtshof bereits früher eine Entscheidung erlassen hat, erneut vor den Bundesgerichtshof, so gehören sie vor den Senat, der nach dieser Geschäftsverteilung zuständig ist.
b) Für Nichtigkeitsklagen gegen die Entscheidung eines Senats ist dessen Vertretersenate zuständig.
4. a) Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
b) Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.
c) Für Rechtsstreitigkeiten aus § 13 des Gesetzes zur Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, in dessen Rechtsgebiet die streitigen Regelungen fallen.

d) Für Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung ist der Senat zuständig, der für das zugrundeliegende Rechtsverhältnis im Falle seiner Wirksamkeit zuständig wäre oder (in zweiter Linie) dem das neben den §§ 812 ff BGB anzuwendende Rechtsgebiet zugewiesen ist; bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Hinterlegungsbeteiligten um die Freigabe des Hinterlegten ist für die Zuständigkeit das der Hinterlegung zugrundeliegende Rechtsverhältnis maßgebend.

5. Rechtsbeschwerden nach § 79 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

In Bußgeldsachen entscheidet der jeweils zuständige Strafsenat als „... Senat für Bußgeldsachen (§ 46 Abs. 7 OWiG)“.

6. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist, es sei denn, es greift eine Spezialzuständigkeit ein. Diese Regelung gilt nicht im Falle der Zurückverweisung der Sache an einen anderen Senat des Bundesgerichtshofes.
7. Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig. Im übrigen ist derjenige Strafsenat für die Entscheidung der Vorlegungsfrage zuständig, der für die Entscheidung einer Revision aus dem Bezirk des vorlegenden Gerichts zuständig wäre.
8. Wird der Bundesgerichtshof gemäß § 82 Abs. 4 Satz 2 BVerfGG ersucht, seine Erwägungen zu einer für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erheblichen Rechtsfrage darzulegen, so sind jeweils diejenigen Senate zur Stellungnahme berufen, deren im Geschäftsverteilungsplan ausgewiesener Zuständigkeitsbereich durch die Rechtsfrage berührt wird. Ergibt sich nach dem Geschäftsverteilungsplan keine besondere Zuständigkeit eines Senats oder einzelner Senate, so sind — je nach Art der Rechtsfrage — alle Zivil- oder Strafsenate oder auch sämtliche Senate zur Stellungnahme berufen. Die Stellungnahmen werden vom Präsidenten des Bundesgerichtshofes gesammelt und dem Bundesverfassungsgericht übersandt.
9. Rechtsstreitigkeiten in Zivilsachen, für welche mit der Vollendung der Einheit Deutschlands der Bundesgerichtshof zuständig geworden ist, sind dem Senat zugewiesen, der bisher für Angelegenheiten dieser oder vergleichbarer Art zuständig ist.
10. Soweit der Geschäftsverteilungsplan 1994 Änderungen der Senatszuständigkeiten enthält, gilt folgendes:
Soweit der III. Zivilsenat vom VIII. Zivilsenat Rechtsstreitigkeiten übernommen hat, gehen auch die am 1. Januar 1994 anhängigen Sachen über, sofern noch keine Revisionsbegründungen eingegangen sind. Soweit beim XII. Zivilsenat die Zuständigkeit für Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung entfällt, gilt dies auch für die am 1. Januar 1994 anhängigen Sachen. Im übrigen gelten die Änderungen für Neueingänge ab 1. Januar 1994.

B. Besetzung der Senate und der Ermittlungsrichterstellen

(Stand: 1. Januar 1994)

I. Zivilsenate			Richter am Bundesgerichtshof		(Vertreter in einem Spezialsenat)
I. Zivilsenat			Richterin am Bundesgerichtshof		(Vertreterin in einem Spezialsenat)
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Piper		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Räfle	(außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Teplitzky	(stv. Vorsitzender)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Lambert-Lang	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Erdmann	(außerdem Präsidialrichter)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Wenzel	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Mees		Richter am Bundesgerichtshof	Tropf	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. v. Ungern- Sternberg	(außerdem Kartellsenat)	Richter am Bundesgerichtshof	Schneider	
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Ullmann		VI. Zivilsenat		
Richter am Bundesgerichtshof	Starck		Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Steffen	(stv. Vorsitzender, Vertreter in einem Spezialsenat)
II. Zivilsenat			Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Kullmann	
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Boujong		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Lepa	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Hesselberger	(stv. Vorsitzender, Vertreter in einem Spezialsenat)	Richter am Bundesgerichtshof	Bischoff	
Richter am Bundesgerichtshof	Röhricht		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. von Gerlach	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Henze	(außerdem Dienst- gericht des Bundes)	Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Müller	
Richter am Bundesgerichtshof	Stodolkowitz	(Vertreter in einem Spezialsenat)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Dressler	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Goette		VII. Zivilsenat		
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Greger	(außerdem Kartell- senat)	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Lang	(außerdem Senat f. Notarsachen)
III. Zivilsenat			Richter am Bundesgerichtshof	Bliesener	(stv. Vorsitzender)
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Krohn, G.	(außerdem Senat für Notarsachen)	Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Quack	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Engelhardt	(stv. Vorsitzender, Vertreter in einem Spezialsenat)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Thode	(außerdem Senat für Notarsachen, Senat für Patent- anwaltssachen und Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Werp		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Haß	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Rinne		Richter am Bundesgerichtshof	Hausmann	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Wurm		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Wiebel	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Deppert		VIII. Zivilsenat		
Richter am Bundesgerichtshof	Streck	(ab 1. Februar 1994)	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Wolf	
IV. Zivilsenat			Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Zülch	(stv. Vorsitzender)
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Bundschuh		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Brunotte	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schmidt-Kessel	(stv. Vorsitzender)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Paulusch	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Zopfs		Richter am Bundesgerichtshof	Groß	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Ritter		Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Hübsch	
Richter am Bundesgerichtshof	Römer		Richter am Bundesgerichtshof	Ball	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schlichting		Richter am Bundesgerichtshof	Wiechers	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Terno		IX. Zivilsenat		
V. Zivilsenat			Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Brandes	(außerdem Kartell- senat)
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Hagen	(außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schmitz	(stv. Vorsitzender, außerdem Senat für Anwaltssachen, Se- nat für Patentan- waltssachen und Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Vogt	(stv. Vorsitzender, außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen)	Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Kreft	(Vertreter in einem Spezialsenat)

Richter am Bundesgerichtshof	Kirchhof	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Fischer	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Zugehör	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Ganter	
X. Zivilsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Rogge	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Jestaedt	(außerdem Senat f. Patentanwalts-sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Frhr. v. Maltzahn	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Broß	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Melullis	(außerdem Kartell-senat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Greiner	(Vertreter in 2 Spe-zialsenaten)
XI. Zivilsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Schimansky	(außerdem Dienst-gericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Halstenberg	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schramm	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Siol	(außerdem Dienst-gericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bungeroth	
Richter am Bundesgerichtshof	Nobbe	(außerdem Dienst-gericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. van Gelder	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
XII. Zivilsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Blumenröhr	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Zysk	(stv. Vorsitzender)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Krohn, Chr.	
Richter am Bundesgerichtshof	Nonnenkamp	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Knauber	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Hahne	
Richter am Bundesgerichtshof	Gerber	
II. Strafsenate		
1. Strafsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Gribbohm	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Maul	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Ulsamer	(außerdem Senat für Anwaltssachen und Vertreter in zwei Spezialsena-ten)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Foth	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Granderath	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Brüning	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Beyer	(in erster Linie Er-mittlungsrichter I)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Wahl	

2. Strafsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Jähnke	(außerdem Senat für Anwaltssachen und Senat für Patentanwalts-sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Maier	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Theune	
Richter am Bundesgerichtshof	Niemöller	
Richter am Bundesgerichtshof	Gollwitzer	(außerdem Dienst-gericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Detter	(in erster Linie Er-mittlungsrichter III)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bode	(in erster Linie Er-mittlungsrichter II)
Richter am Bundesgerichtshof	Streck	(bis 31. Januar 1994)
3. Strafsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Ruß	(außerdem Dienst-gericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Zschockelt	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Kutzer	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Rissing-van Saan	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Blauth	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Miebach	
Richter am Bundesgerichtshof	Winkler	
4. Strafsenat		
Vizepräsident des Bundesgerichtshofes	Salger	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Meyer-Goßner	(stv. Vorsitzender, außerdem Vertreter in zwei Spezialsena-ten)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Steindorf	
Richter am Bundesgerichtshof	Nehm	
Richter am Bundesgerichtshof	Maatz	(in erster Linie Er-mittlungsrichter IV)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Tolksdorf	(außerdem Senat f. Notarsachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Tepperwien	(außerdem Kartell-senat)
5. (Berliner) Strafsenat		
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Laufhütte	(außerdem Senat für Wirtschaftsprü-fersachen und Steu-erberater- und Steu-erbevollmächtigten-sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Horstkotte	(stv. Vorsitzender)
Richterin am Bundesgerichtshof	Harms	(außerdem Senat für Wirtschaftsprü-fersachen und Steu-erberater- und Steu-erbevollmächtigten-sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schäfer	(außerdem Senat für Wirtschaftsprü-fersachen und Steu-erberater- und Steu-erbevollmächtigten-sachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Häger	
Richter am Bundesgerichtshof	Nack	
Richter am Bundesgerichtshof	Basdorf	

III. Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes

Ermittlungsrichter I	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Beyer (außerdem 1. Strafsenat)
Ermittlungsrichter II	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bode (außerdem 2. Strafsenat)
Ermittlungsrichter III	Richter am Bundesgerichtshof Detter (außerdem 2. Strafsenat)
Ermittlungsrichter IV	Richter am Bundesgerichtshof Maatz (außerdem 4. Strafsenat)

IV. Große Senate

Besetzung für die Zeit
vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1994
(§ 132 Abs. 5 und 6 GVG)

1. Großer Senat für Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Odersky
Mitglieder:	
I. Zivilsenat	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Erdmann Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Piper
II. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Boujong Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Hesselberger
III. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Krohn Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Engelhardt
IV. Zivilsenat	Richter am Bundesgerichtshof Römer Vertreter: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Ritter
V. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Hagen Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Vogt
VI. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Steffen Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kullmann
VII. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Lang Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Bliesener
VIII. Zivilsenat	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Paulusch Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Groß
IX. Zivilsenat	Richter am Bundesgerichtshof Kirchhof Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz
X. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Rogge Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Frhr. v. Maltzahn
XI. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Schimansky Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Halstenberg

XII. Zivilsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blumenröhr Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Zysk
-----------------	---

2. Großer Senat für Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Odersky
Mitglieder:	
1. Strafsenat	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Maul Richter am Bundesgerichtshof Dr. Foth Vertreter (in dieser Reihenfolge): 1. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Brüning 2. Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Gribbohm
2. Strafsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jähne Richter am Bundesgerichtshof Maier Vertreter: 1. Richter am Bundesgerichtshof Niemöller 2. Richter am Bundesgerichtshof Theune
3. Strafsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ruß Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blauth Vertreter: 1. Richter am Bundesgerichtshof Zschockelt 2. Richter am Bundesgerichtshof Kutzer
4. Strafsenat	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Salger Richter am Bundesgerichtshof Dr. Meyer-Großner Vertreter: 1. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Steindorf 2. Richter am Bundesgerichtshof Nehm
5. Strafsenat	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Laufhütte Richter am Bundesgerichtshof Horstkotte Vertreter: 1. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer 2. Richter am Bundesgerichtshof Basdorf

3. Mitglieder anderer Senate

Kartellsenat	Richter am Bundesgerichtshof Dr. v. Ungern-Sternberg Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Brandes
Dienstgericht des Bundes	Richter am Bundesgerichtshof Gollwitzer Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Nobbe
Senat für Notarsachen	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blauth Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode
Senat für Anwaltssachen	Richter am Bundesgerichtshof Kutzer Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz

Senat für Patentanwalts- sachen	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode
Senat für Landwirtschafts- sachen	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Vogt Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Wenzel
Senat für Wirtschafts- prüfersachen	Richterin am Bundesgerichtshof Harms Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer
Senat für Steuerberater- und Steuer- bevollmächtigten- sachen	Richterin am Bundesgerichtshof Harms Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den jeweiligen Großen Senat ein.

Ist ein Richter als Mitglied für zwei verschiedene Senate berufen, so wirkt er als Mitglied desjenigen Senats mit, der in der obigen Reihenfolge als erster aufgeführt ist.

V. Die übrigen Senate

1. Kartellsenat

Vorsitzender:	Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Odersky
Stellvertretender Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Brandes (IX. Zivilsenat)
Beisitzende Mitglieder:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. v. Ungern-Sternberg (I. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Melullis (X. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Greger (II. Zivilsenat) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Tepperwien (4. Strafsenat)

2. Dienstgerichte des Bundes

Besetzung für die Zeit
vom 1. Januar 1992 bis 31. Dezember 1996

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundes- gerichtshof Schimansky (XI. Zivilsenat)
Stellvertreter des Vorsitzenden:	Vorsitzender Richter am Bundes- gerichtshof Dr. Ruß (3. Strafsenat)
ständige Beisitzer:	Richter am Bundesgerichtshof Gollwitzer (2. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Siol (XI. Zivilsenat)
Vertreter der ständigen Beisitzer:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Brüning (1. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode (VII. Zivilsenat)

nichtständige Beisitzer:

a) Mitglieder des Bundesgerichtshofes	
Beisitzer:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Henze (II. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Nobbe (XI. Zivilsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Hesselberger (II. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kullmann (VI. Zivilsenat)
b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts	
Beisitzer:	Vorsitzende Richterin am Bundes- verwaltungsgericht Dr. Franke Richter am Bundesverwaltungs- gericht Dr. Hartmann
Vertreter:	Richter am Bundesverwaltungs- gericht Dr. Lemhöfer Richter am Bundesverwaltungs- gericht Albers

c) Mitglieder des Bundesfinanzhofes

Beisitzer:	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Birkenfeld Richter am Bundesfinanzhof Dr. Olbertz
Vertreter:	Richter am Bundesfinanzhof von Groll Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister

d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts

Beisitzer:	Vorsitzender Richter am Bundes- arbeitsgericht Hillebrecht Vorsitzender Richter am Bundes- arbeitsgericht Dr. Heither
Vertreter:	Richter am Bundesarbeitsgericht Prof. Dr. Jobs Richter am Bundesarbeitsgericht Dr. Etzel

e) Mitglieder des Bundessozialgerichts

Beisitzer:	Vorsitzender Richter am Bundes- sozialgericht Hennig Richterin am Bundessozialgericht Jaeger
Vertreter:	Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht Burger Richter am Bundessozialgericht Dr. Peters

f) Mitglieder des Bundesrechnungshofes

Beisitzer:	Direktor beim Bundesrechnungshof Noack Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofes Dr. Reuter
Vertreter:	Direktor beim Bundesrechnungshof Heck Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofes Dr. Rexrodt Direktor beim Bundesrechnungshof Mittag Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofes Fuhrmann

3. Senat für Notarsachen

Besetzung für die Zeit
vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1997 (§ 107 BNotO)

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Krohn, G. (III. Zivilsenat)
Stellvertretender Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Lang (VII. Zivilsenat)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichts- hofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode (VII. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Tropf (V. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blauth (3. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Tolksdorf (4. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Wiechers (VIII. Zivilsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ulsamer (1. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz (IX. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Stodolkowitz (II. Zivilsenat)

4. Senat für Anwaltssachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Odersky
Stellvertretender Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jahnke (2. Strafsenat)

Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ulsamer (1. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Kutzer (3. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Groß (VIII. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz (IX. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. van Gelder (XI. Zivilsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Engelhardt (III. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Paulusch (VIII. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Greiner (X. Zivilsenat)

5. Senat für Patentanwaltssachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jähnke (2. Strafsenat)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz (stv. Vorsitzender, IX. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jestaedt (X. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode (VII. Zivilsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kreft (IX. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ulsamer (1. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Greiner (X. Zivilsenat)

6. Senat für Landwirtschaftssachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Hagen (V. Zivilsenat)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Vogt (stv. Vorsitzender, V. Zivilsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Wenzel (V. Zivilsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Räfle (V. Zivilsenat) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Lambert-Lang (V. Zivilsenat)

7. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Laufhütte (5. Strafsenat)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer (stv. Vorsitzender, 5. Strafsenat) Richterin am Bundesgerichtshof Harms (5. Strafsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Nack (5. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Meyer-Goßner (4. Strafsenat)

8. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Laufhütte (5. Strafsenat)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer (stv. Vorsitzender, 5. Strafsenat) Richterin am Bundesgerichtshof Harms (5. Strafsenat)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Nack (5. Strafsenat) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Meyer-Goßner (4. Strafsenat)

VI. Vertretung und Vorrang der Aufgaben

1.

- a) Die Anforderung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes, der Großen Senate, des Dienstgerichts des Bundes, des Kartellsenats, des Senats für Notarsachen, des Senats für Anwaltssachen, des Senats für Patentanwaltssachen, des Senats für Landwirtschaftssachen, des Senats für Wirtschaftsprüfersachen und des Senats für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen geht in dieser Reihenfolge allen anderen Anforderungen vor.
- b) Die ermittlungsrichterlichen Aufgaben gehen anderen Aufgaben vor.

Das gilt nicht, wenn derjenige, der die ermittlungsrichterliche Aufgabe wahrzunehmen hätte, als Berichterstatter an einer mündlichen Verhandlung in Zivilsachen oder an einer Hauptverhandlung in Strafsachen beteiligt ist, für die Dauer der Verhandlung und einer sich anschließenden und am Verhandlungstag bis zur Verkündung einer Entscheidung andauernden Beratung in den Sachen, die Gegenstand der Verhandlung waren.

Der Vorrang der ermittlungsrichterlichen Aufgabe gilt auch dann nicht, wenn derjenige, der sie wahrzunehmen hätte, an einer mündlichen Verhandlung in Zivilsachen oder an einer Hauptverhandlung in Strafsachen beteiligt ist und ohne seine Beteiligung die mündliche Verhandlung nicht ohne erhebliche Verzögerung begonnen oder nicht ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden könnte, für die Dauer der Verhandlung und einer sich anschließenden und am Verhandlungstag bis zur Verkündung einer Entscheidung andauernden Beratung in den Sachen, die Gegenstand der Verhandlung waren.

Der Vorrang der ermittlungsrichterlichen Aufgabe gilt ferner dann nicht, wenn und solange derjenige, der sie wahrzunehmen hätte, als Vorsitzender eines Strafsenats tätig sein muß.

2.

a) Vertretung in den Zivilsenaten

- aa) Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des I. und des X. Zivilsenats, des II. und des XI. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats, des IV. und des VIII. Zivilsenats, des V. und des VII. Zivilsenats sowie des IX. und des XII. Zivilsenats.

Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mitgliedern des I. Zivilsenats vertreten.

Die Mitglieder des Senats für Anwaltssachen werden von den Mitgliedern des VII. Zivilsenats vertreten.

Die Mitglieder des Senats für Landwirtschaftssachen werden von den Mitgliedern des IV. Zivilsenats vertreten.

Die Mitglieder der Senate für Wirtschaftsprüfersachen sowie für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen werden von den Mitgliedern des IX. Zivilsenats vertreten.

- bb) Ist eine Vertretung nach Doppelbuchstabe aa nicht möglich, kann jeder Zivilsenat alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit der Nummer des dem Vertretungsbedürftigen Senat nachfolgenden Senats, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

- aa) Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des 1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und des 4. Strafsenats, jedoch werden die Mitglieder des 3. Strafsenats in erster Linie durch den Richter am Bundesgerichtshof Dr. Foth vertreten.

- bb) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2, 3 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

Zu a) und b):

Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder:

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Richter am Bundesgerichtshof in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstadalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Richter am Bundesgerichtshof an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstadalter folgende Richter am Bundesgerichtshof für ihn ein.

c) Vertretung der Ermittlungsrichter

- aa) Die Ermittlungsrichter I und II vertreten sich gegenseitig. Sind beide verhindert, so tritt Ermittlungsrichter III an die Stelle von Ermittlungsrichter I und Ermittlungsrichter IV an die Stelle von Ermittlungsrichter II.
- bb) Die Ermittlungsrichter III und IV vertreten sich in ihren Dezernaten gegenseitig. Sind beide verhindert, so treten die Ermittlungsrichter I und II in dieser Reihenfolge an ihre Stelle.
- cc) Ist auch der an letzter Stelle zur Vertretung berufene Ermittlungsrichter verhindert, so werden für ihn in folgender Reihenfolge als Vertreter tätig:
 - Richter am Bundesgerichtshof Dr. Knauber,
 - Richter am Bundesgerichtshof Dr. Rinne,
 - Richter am Bundesgerichtshof Dr. Granderath,
 - Richter am Bundesgerichtshof Dr. Tolksdorf,

- das jeweils dienstjüngste Mitglied des 1., sodann des 2. und schließlich des 4. Strafsenats, sofern es nicht ständiger Vertreter im 3. Strafsenat oder mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidialrichters betraut ist.
- Ist das jeweils dienstjüngste Mitglied bereits nach einer der vorangegangenen Regelungen zur Vertretung berufen, so tritt an seine Stelle das nach ihm dienstjüngste Senatsmitglied.

dd) Über Ablehnungsgesuche gegen einen Ermittlungsrichter entscheidet

- bei Ablehnung des Ermittlungsrichters I der Ermittlungsrichter III,
- bei Ablehnung des Ermittlungsrichters II der Ermittlungsrichter IV,
- bei Ablehnung des Ermittlungsrichters III der Ermittlungsrichter II,
- bei Ablehnung des Ermittlungsrichters IV der Ermittlungsrichter I.

Für den Fall der Verhinderung des zur Entscheidung über das Ablehnungsgesuch Berufenen gilt die Vertretungsregelung entsprechend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

(Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes — RsprEinhG — vom 19. Juni 1968 — BGBl. I S. 661 —)

- a) Dem Gemeinsamen Senat gehören nach dem Gesetz an: der Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Odersky, die Vorsitzenden der jeweils beteiligten Senate des Bundesgerichtshofes.

Bei Verhinderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes tritt der Vizepräsident des Bundesgerichtshofes, bei dessen Verhinderung der im Dienstatler folgende Vorsitzende Richter in den Gemeinsamen Senat ein.

Bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats tritt sein regelmäßiger Vertreter im Vorsitz und bei dessen Verhinderung ein Mitglied des Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstatlers ein. Tritt der regelmäßige Vertreter anstelle des Vorsitzenden in den Gemeinsamen Senat ein, und ist er zugleich als Mitglied des Gemeinsamen Senats nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes bestimmt, so tritt für ihn als zu entsendendes Mitglied sein Vertreter ein.

- b) In den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes werden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 und 4 RsprEinhG für die Geschäftsjahre 1993 und 1994 entsandt:

I. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Teplitzky

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Erdmann

II. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Hesselberger

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Röhrich

III. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Engelhardt

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Werp

IV. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmidt-Kessel

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Zopfs

V. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Vogt

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Räfle

VI. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kullmann

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Lepa

VII. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Bliesener

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Prof. Quack

VIII. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Hübsch

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Ball

IX. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kreft

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Kirchhof

X. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Melullis

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jestaedt

XI. Zivilsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Halstenberg

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Siol

XII. Zivilsenat Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Krohn

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Zysk

1. Strafsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Maul

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Foth

2. Strafsenat Richter am Bundesgerichtshof Maier

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Theune

3. Strafsenat Richter am Bundesgerichtshof Zschockelt

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blauth

4. Strafsenat Richter am Bundesgerichtshof Dr. Meyer-Goßner

Vertreter:

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Steindorf

5. Strafsenat Richter am Bundesgerichtshof
Horstkotte
Vertreter:
Richter am Bundesgerichtshof
Häger

Große Senate

Zivilsachen:

- Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Dr. Steffen
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Hagen
1. Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Dr. Blumenröhr
2. Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Dr. Piper

Strafsachen:

- Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Salger
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Jähnke
1. Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Maier
2. Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Dr. Gribbohm

Kartellsenat

- Richter am Bundesgerichtshof Dr. v. Ungern-Sternberg
Richter am Bundesgerichtshof Dr. Melullis
1. Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Brandes
2. Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Greger

Dienstgericht des Bundes

- Richter am Bundesgerichtshof Gollwitzer
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Siol

Senat für Notarsachen

- Richter am Bundesgerichtshof Dr. Blauth
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode

Senat für Anwaltssachen

- Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz
Richter am Bundesgerichtshof Dr. Ulsamer
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Kutzer

Senat für Patentanwaltssachen

- Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schmitz
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Thode

Senat für Landwirtschaftssachen

- Richter am Bundesgerichtshof Dr. Vogt
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Wenzel

Senat für Wirtschaftsprüfersachen

- Richterin am Bundesgerichtshof Harms
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer

Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

- Richterin am Bundesgerichtshof Harms
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entscheidenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.